

## BFZ-Fraktion und Fraktion der SPD

### Antrag

Gremium	Sitzungsdatum	
Stadtverordnetenversammlung	02.06.2016	

#### Beratungsgegenstand

Umgang mit Verwaltungsmehraufwand im Zweckverband zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der Altanschließerproblematik und die Einstandspflicht des Landes Brandenburg

In der vielschichtigen Problematik „Altanschließerbeiträge“ gibt es u.a. auch wegen der Ablehnung jeglicher politischer Verantwortung seitens des Landes Brandenburg keine eindeutigen Antworten und somit auch Monate nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes keine zufriedenstellenden Lösungen für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Verbände als Aufgabenträger und Unternehmen.

Die Problematik „Altanschließerbeiträge“ sollte aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger, des betroffenen Zweckverbandes und der ihn tragenden Kommunen bewertet werden. Rechtliche Unklarheiten und der Streit um Zuständigkeiten und Verantwortung sind nicht auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger, des Zweckverbandes und der Stadt Fürstenwalde auszutragen.

Während mit Blick auf ein erwartetes Gutachten über die Auswirkungen der verschiedenen Handlungsoptionen im Innenministerium des Landes Brandenburg weiter auf Zeit gespielt wird, werden durch die Bearbeitung der Rückzahlungsanträge in den Verbänden Zeit und Personal mit nicht mehr zu vertretbarem Aufwand gebunden. Diesen Verwaltungsaufwand wegen der Bearbeitung der Anträge darf nicht den Bürgerinnen und Bürgern als Verwaltungskosten auferlegt werden.

Dem Hauptausschuss ist vom Zweckverband im April 2016 berichtet worden, dass nur in einem eindeutigem Fall ein Bescheid bereits aufgehoben und das Geld zurückgezahlt wurde. Darüber seien ca. 65 Schreiben mit der Aussetzung der Vollziehung in anhängigen Verfahren vorbereitet und das Geld vorläufig zurückgezahlt. Insgesamt seien Beiträge in Höhe von 42 Mio€ geltend gemacht worden. Ob öffentliche Unternehmen wie Stadt, Land, städtische Gesellschaften ihren Anspruch durchsetzen können, ist noch umstritten.

Unklar ist auch, ob etwaige Rückzahlungsbeträge des Zweckverbandes durch Kredit finanziert werden und in welcher Höhe sich im Ergebnis der Klärung der Altanschließerproblematik für die Stadt Fürstenwalde Erfordernisse höherer Umlagen zur Deckung des Finanzbedarfes des Zweckverbandes ergeben.

Alle diese Positionen – zusätzlicher Verwaltungsaufwand der Bearbeitung der Anträge im Zweck-

verband, Zinsen für zurückgezahlte Beiträge, Anwaltskosten, Kosten einer ungeplanten Kreditaufnahme im Zweckverband, Umlagezahlungen an den Zweckverband durch die Stadt Fürstenwalde usw. – sind Schadenspositionen, für die das Land Brandenburg gegenüber dem Zweckverband und der Stadt Fürstenwalde haften sollte.

Der Zweckverband und die Stadt sollten dem Beispiel des Zweckverbandes WAZ Jüterbog-Fläming folgen, die in diesem Sinne bereits gegenüber dem Land tätig geworden sind.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde/Spree wird beauftragt, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland den Antrag zu stellen, dass der Zweckverband die mit den Anträgen auf Rückzahlung der Altanschließerbeiträge verbundenen zusätzlichen Kosten und Aufwände nicht den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern auferlegt, sondern diese dem Grunde nach als mögliche Schadensersatzforderung gegenüber dem Land Brandenburg anmeldet.
2. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und der Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde/Spree wenden sich schriftlich an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, um ihm gegenüber die Schadensersatzansprüche der Stadt Fürstenwalde/Spree gegen das Land Brandenburg, die im Ergebnis des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. November 2015 in Folge der Gesetzgebung und der kommunalaufsichtlichen Vorgaben des Landes Brandenburg und deren Auslegung bereits entstanden sind und noch entstehen werden, dem Grunde nach anzumelden.

gez. Thomas Fischer  
Fraktionsvorsitzender  
BFZ-Fraktion

gez. Stefan Sarrach  
Fraktionsvorsitzender  
SPD-Fraktion